

Geschichte der Amnesty-Gruppe Isenhagener Land

Am Anfang stand eine Kursfahrt des Gymnasiums Hankensbüttel nach Auschwitz im Jahr 1980. Nach der Rückkehr plante die Gruppe eine Ausstellung über den Holocaust. Aber konnte das alles sein? Wo waren die persönlichen Konsequenzen, die man daraus ziehen wollte? Konnte man so einfach weitermachen wie bisher? Hier brachte uns der Sprachensehler Pastor Valerius mit der Celler Amnesty-Gruppe zusammen, deren Arbeit in einem Teil der Ausstellung dokumentiert werden sollte. War diese Arbeit nicht geradezu zwingend als Konsequenz aus der Begegnung mit Auschwitz? Die französische Chansonsängerin Fania Fenelon war in Auschwitz in dem Orchester untergekommen. Ihre Erlebnisse schildert sie in dem Buch „Das Mädchenorchester“. Dort beschreibt sie an einer Stelle, wie sie durch den Ort zu ihrer Arbeitsstelle getrieben wurden. Die Zivilisten sahen beiseite oder wechselten die Straßenseite. Fania Fenelon schreibt dazu: „Euer Schweigen ist unsere Todeszelle.“

Ja, das war es! Denen, die Unrecht und Verfolgung erleiden, eine Stimme geben. Nicht schweigen und wegsehen: Das musste die Konsequenz sein. Die Schüler schlossen sich der Celler Gruppe an, fuhren regelmäßig zu den Gruppentreffen in Celle, beteiligten sich an Aktionen, an einer Ausstellung. Das ging eine Weile so, bis eine Gruppe von Erwachsenen, die sich im Laufe der Zeit dazugesellt hatte, meinte, wir seien nun genug trainiert und auch genug Personen, um eine eigene Gruppe zu bilden. Nach mehreren Gesprächen mit dem Bezirk von amnesty international in Hannover war es dann 1985 soweit: Wir bekamen eine eigene Gruppennummer, einen eigenen Fall zur Bearbeitung, wobei allen dabei bewusst war, dass dies nicht nur eine Formalie war, sondern dass dies Verantwortung bedeutete, nicht nur für den Gefangenen, sondern auch im finanziellen Bereich. Das war auch der Grund, weshalb man so lange gezögert hatte, selbstständig zu werden.

Der erste Fall der Gruppe war ein rumänischer Student, der mit selbst verfassten Flugblättern gegen den damaligen Präsidenten Ceaucescu und seine Politik protestiert hatte. Beim Verteilen der Flugschrift wurde er von der Securitate, der Sicherheitspolizei, verhaftet wurde und anschließend zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Da er weder zu Gewalt aufgerufen noch selbst Gewalt angewandt hatte, war er von amnesty international Gewissensgefangener „adoptiert“ und uns nun zur Betreuung übergeben. Dass es ein Gefangener aus dem Ostblock war, half der Gruppe, Anerkennung in der Öffentlichkeit zu finden; denn anfangs wurde ihre Arbeit

kritisch beäugt, und sie selbst wurde als „5. Kolonne Moskaus“ betrachtet, da sie nicht eindeutig antikommunistisch agierte, sondern keinen Unterschied zwischen Ost und West machte, wenn es um Verletzung von Menschenrechten ging. Da half der Hinweis darauf, dass die Gruppe einen Fall aus dem Ostblock betreute. Eine unerwartete Hilfe kam von der Politik. Der damalige Bundesabgeordnete unseres Wahlkreises, Herr Nelle (CDU), unterstützte die Gruppe, wo immer er konnte. Als man schon näher miteinander bekannt war, erklärte er sein Engagement: Er war als Student in der DDR verhaftet, und er gehörte zu denjenigen, die damals vom Bund freigekauft wurden. „Ich weiß, wie man als Gefangener spürt, wenn andere von draußen sich für einen einsetzen.“ So wurde die Arbeit von amnesty international schnell im Isenhagener Land bekannt und fand auch Anerkennung und Beachtung.

Wie allerdings die große Politik auch negativ die Arbeit von amnesty international beeinflussen kann, musste die Gruppe an anderer Stelle erleben. Man hatte erreicht, dass der Fall Radu Filipescu im Sender Freies Europa vorgestellt werden sollte. Man saß erwartungsvoll vor dem Radio, aber es kam nichts. Was war geschehen? Herr Genscher war zu Besuch in Bukarest. Herr Ceaucescu war als Moskau-Kritiker wichtig in der westlichen Bündnispolitik und daher wünschte Herr Genscher keine „atmosphärische“ Störungen des Verhandlungsklimas!

Radu Filipescu wurde nach einiger Zeit freigelassen; was die Bemühungen der Gruppe dazu beigetragen haben, weiß man natürlich nicht. Bei den nächsten beiden Fällen handelte es sich wieder um Einzelpersonen, eine Frau aus der Republik Kongo und um einen Schüler aus Madagaskar. Beide endeten mit der Freilassung. Die nächsten Fälle zeigen die veränderte Taktik der Unterdrückung und damit auch eine geänderte Strategie von amnesty international: Das Phänomen des Verschwindenlassens war eine verbreitete Methode, unliebsame politische Gegner als ganze Gruppe auszuschalten. Gleichzeitig verbreitete man damit Schrecken und Unsicherheit. Amnesty reagierte darauf, fasste solche Gruppen zusammen und übergab diese Fälle dann als Ganzes den Gruppen. So bekam die Isenhagener Gruppe mehrere Verschwundene aus Sri Lanka und danach aus dem Süden des Sudan. Die Bemühungen, die Fälle aufzuklären, scheiterten in beiden Fällen. Amnesty schloss die Akten und die Gruppe bekam nun als Aufgabenfeld das gesamte Spektrum von Menschenrechtsverletzungen im Sudan. Über etliche Jahre versuchten wir, mit Aktionen die Öffentlichkeit und vor allem auch unsere Außenpolitik zu informieren und zu sen-

sibilisieren, andererseits durch ständige Briefaktionen und Arbeit in der Öffentlichkeit einen gewissen Druck auf die sudanesishe Politik aufzubauen, allerdings ohne jeden Erfolg, so dass die Gruppe schließlich resigniert aufgab und den Fall an amnesty wieder zurückgab.

So betreut die Gruppe jetzt wieder einen Fall von ursprünglich fünf Studenten aus Laos, die aufgrund ihres Protests gegen die Wirtschaftspolitik ihres Landes zu einer langjährigen Haft verurteilt wurden. Inzwischen ist einer von ihnen in der Haft verstorben, zwei entlassen und nur noch zwei im Gefängnis. Ein Kontakt mit den Behörden konnte nicht hergestellt werden; aber einige Politiker des EU-Parlaments haben sich der Sache angenommen und bringen den Fall bei sich bietender Gelegenheit zur Sprache.

Neben dieser Fallarbeit nutzte die Gruppe jede Gelegenheit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und für die Arbeit von ai zu werben. Inzwischen findet die Arbeit von ai allgemeine Anerkennung, so dass wir uns nicht mehr zu rechtfertigen brauchen.

Frustrierend bleibt die internationale Lage der Menschenrechte; der jährliche Amnesty-Bericht spricht eine eindeutige Sprache. Ein Grund zum Resignieren? Nein, sicher nicht. Es bleibt ja die individuelle Hilfe für die Gefangenen. Und ein zweiter großer Erfolg ist die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes, der es ermöglicht, sogar amtierende Präsidenten anzuklagen. Kein Diktator, kein Folterknecht, kein Menschenrechtsverletzer kann sich sicher fühlen vor Strafverfolgung. Die Nürnberger Prozesse nach 1945 hatten eine fragile juristische Basis. Das ist jetzt anders. Und das ist sicher auch ein Verdienst der unermüdlichen Forderungen von amnesty international, dass es keine Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen geben dürfe.

Jürgen Rohde, erster Sprecher der Gruppe